

Fraktion:
Antrag-Nr.

Haushaltsplanberatungen 2018

Beratungs-Nr.

LiPi
1

Änderungsantrag zum Planentwurf bzw. Anfragen

1/1

(wird von der Verwaltung
ausgefüllt)

Thema:

Barrierefreiheit von Gemeinderatssitzungen

Beschlussantrag: (bitte abstimmungsfähig formulieren)

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für die Videoaufzeichnung und Veröffentlichung von Gemeinderatssitzungen zu erstellen und dem Gemeinderat vorzulegen. Dabei soll die Zusammenarbeit mit dem Landesdatenschutzbeauftragten und Kreisbehindertenbeauftragten gesucht werden. Für Entwicklung und Probebetrieb werden 20.000 € in den Haushalt eingestellt.

Darstellung des Sachverhalts:

Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind in der Teilhabe an den kommunalen Geschehnissen der Stadt Göppingen ausgeschlossen. Manchen Bürgern ist es auf Grund ihrer Behinderung oder ihrer Gebrechlichkeit nicht möglich an Sitzungen des Gemeinderates teilzunehmen. Damit wird diese Bevölkerungsgruppe in Göppingen von politischen kommunalen Geschehnissen ausgeschlossen. Dies ist nach unserer Meinung kein geeignetes Aushängeschild für Göppingen und es ist zwingend notwendig allen Bürgern Göppingens die Möglichkeit zu geben daran teilzunehmen. Dies trägt unbedingt zur Barrierefreiheit bei. Im ersten Schritt wäre eine vertonte Übertragung denkbar, in weiteren Schritten eine Übersetzung für hörgeschädigte Bürger in Gebärdensprache.

einmalige Maßnahme

dauerhafte Maßnahme
ab

Stellungnahme der Verwaltung:

Das Rathaus ist, auch unter dem Gesichtspunkt Öffentlicher Personennahverkehr, zentral und gut erschlossen gelegen, der Sitzungssaal ist barrierefrei erreichbar. Der personelle, technische und damit finanzielle Aufwand für eine Aufzeichnung und zeitversetzte sowie datenschutzrechtlich bearbeitete Übertragung einer Gemeinderatssitzung im Internet ist nach wie vor sehr hoch. Die Verfolgung einer Sitzung via Podcast (Podcast = über das Internet verbreitete Audio- und Videobeiträge, abgeleitet aus „Pod- play on demand“ und „cast“ – Abkürzung von Broadcast/Rundfunk) ist ohne Kenntnis der (vor dem Sitzungssaal für Besucher/-innen ausgelegten) Beratungsunterlagen sowie ggf. der Ausschuss-Vorberatung schwierig.

Empfehlung der Verwaltung:

Ablehnung